

Mut und Zivilcourage: Israelische Menschenrechtsgruppen

In diesem letzten Artikel möchte ich über israelische Frauen und Männer berichten, vor deren Mut und Unerschrockenheit ich allergrößte Achtung empfinde. Diesen Gruppen und den sie tragenden Personen droht ein Gesetz, das ihre Arbeit erschweren soll. Der Entwurf von zwei Abgeordneten aus der Knesset sieht vor, „die Finanzierung lokaler Menschenrechtsgruppen durch Geld aus dem Ausland zu beschneiden. Ein solches Gesetz aber würde die israelische Demokratie gefährden und noch mehr Kälte in die Reste unserer einst so lebendigen Zivilgesellschaft bringen“, schreibt Alon Liel, ehemaliger israelischer Botschafter in Südafrika in der SZ vom 29.12.2011. Sein Tenor: „Die Parallelen zum Apartheidsstaat sind erschreckend.“

Aktuelle Meldungen der UN-Organisation OCHA (*Office for the Humanitarian Affairs in the Occupied Territories*) dokumentieren die fortschreitende und scheinbar unaufhaltsame Verschärfung der Lage in der Westbank und in Ostjerusalem:

“Israeli forces injure at least 60 Palestinians in the West Bank. Settler violence is on the rise; this week, settlers vandalized four places of worship, including three mosques and a church. Also in the West Bank, the Israeli authorities demolished 27 Palestinian-owned structures, displacing over 30 people in a herding community in the Jordan Valley area alone.” (OCHA - Protection of Civilians Weekly Report | 14 - 20 December 2011)

In den Haaretz-Ausgaben der Weihnachtswoche finden sich beinahe täglich Berichte über die zunehmende Aggressivität von Siedlern und Ultra-Orthodoxen. In Beit Shemesh im Jerusalem District bewarfen Ultra-Orthodoxe israelische Polizisten mit Steinen, als diese zum wiederholten Mal ein Straßenschild an der Hauptstraße beseitigen wollten, das für Männer und Frauen getrennte Bürgersteige vorschrieb. Einem achtjährigen Mädchen wurde von einem Ultra-Orthodoxen der Weg zur Schule wegen „unzüchtiger Kleidung“ verweigert (Haaretz vom 26.12./29.12.2011).

In der Süddeutschen Zeitung und im Deutschlandfunk wurde vor Weihnachten über die Gewalt der so genannten „Hügeljugend“ berichtet, einer Schlägertruppe aus den Siedlungen. Für sie ist Israels Militär ein „faschistischer Feind“, „vom Staat fühlen sie sich verraten“, schreibt der deutsche Autor und Journalist Michael Borgstede in der Jüdischen Allgemeinen. (<http://www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/4957>) Aus dem Norden der Westbank, aus den Siedlungen Itamar, Yitzhar und Bracha kommen besonders brutale Schläger, die neuerdings selbst der Netanjahu-Regierung Kopfschmerzen zu bereiten scheinen. Eine ihrer letzten „Maßnahmen“ war das Anzünden einer Moschee im Nablus-District, als die Armee einen Outpost räumen wollte, der zur Siedlung Ytzhar gehörte.

In diesem Klima nicht nur kühlen Kopf zu bewahren, sondern sich immer wieder durch viele und vielfältige Aktionen dem Mainstream entgegen zu stellen, ist das unschätzbare und Mut machende Verdienst zahlreicher israelischer Menschenrechtsgruppen. Während meiner Arbeit in der Westbank bin ich mit einigen von ihnen in engeren Kontakt gekommen und habe ihnen in meinen Berichten den ihnen gebührenden Respekt gezollt. Auf dem Foto unten sieht man von links nach rechts Jehuda

Shaul von „Breaking the Silence“, Ronny Perlman von „Machsomwatch“, Arik Ascherman von „Rabbis for Human Rights“ sowie Terje Larson, schwedischer Dokumentarfilmer, bei der Präsentation seines Filmes „Israel vs. Israel“ im September in Jerusalem (<http://www.israelvsisrael.com/>).



Michal Brody-Bareket (Foto rechts) steht alle zwei Wochen freitags von 15 bis 16 Uhr zusammen mit anderen Israelis im Ostjersalemer Stadtteil Sheikh Jarrah und demonstriert mit selbst gemalten Plakaten gegen die Ausweitung der dortigen Siedlungen. Das ist für sich genommen nichts Ungewöhnliches, würde Frau Brody-Bareket nicht selbst in einer Siedlung wohnen. Sie kommt mit ihrem Auto aus Pigat-Ze'ev aus dem Norden Jerusalems, um mit Gleichgesinnten an der Mahnwache teilnehmen zu können. Dabei riskiert sie, von den vorbei fahrenden Autofahrern oder von anderen Passanten und Siedlern identifiziert und entsprechend verfolgt zu werden. „Wie reagieren denn Ihre Kinder auf Ihr Engagement?“, fragte ich sie. „Sie sind noch zu klein“, antwortete sie, „aber der Große geht jetzt in die Schule, und da muss ich schon aufpassen, was ich sage und was ich mache.“

Seit sie in dem erschütternden Dokumentarfilm von Mohammed Alatar aus



dem Jahr 2006 „The Iron Wall“ in einem längeren Interview zu sehen ist (<http://video.google.com/videoplay?docid=8598031591119784930#>), hat sich ihre persönliche Situation weiter verschärft. Als nahezu mittellose Alleinerziehende mit drei kleinen Kindern war sie gezwungen, das Angebot der Netanjahu-Regierung auf eine bezahlbare Wohnung anzunehmen. Sie gehört damit zu den etwa 80 Prozent der Siedler, die aus ökonomischen Gründen in eine „Kolonie“, wie man die Siedlungen treffender bezeichnen sollte, umziehen mussten. „Könnte ich es mir leisten, in Israel zu wohnen, würde ich morgen wegziehen“, sagte sie mir. „Was hier geschieht, ist ein großes Unrecht“.

Seit fünfzehn Jahren gehört **Judy Blanc** (82) zu den „Women in Black“, die sich jeden Freitag von 13 bis 14 Uhr am Hagar (Paris) Square zu einer Mahnwache versammeln, in schwarzer Kleidung mit selbst gemalten Transparenten. Manche tragen eine große schwarze Hand aus Pappe, auf der „Stop the occupation“ steht. Sie setzen sich dabei dem Hohn und den obszönen Gesten der Passanten ebenso aus wie dem Spottgesang der jungen Israelis auf der anderen Straßenseite, die, israelische



Fahnen schwenkend, auf einem Banner die Armee hoch leben lassen (Foto unten). Die in den USA geborene Judy Blanc erklärt mir das Anliegen ihrer Graswurzel-Bewegung, die es mittlerweile in mehreren Ländern gibt, so auch in Deutschland, wo die „Frauen in Schwarz“ gegen den aufkommenden Neo-Nazismus demonstrieren. „Wir sind jüdische und palästinensische Bürger Israels, die zwar unterschiedliche politische Ansichten vertreten; was uns jedoch vereint, ist der gemeinsame Appell, die Besatzung zu beenden.“ Die Gleichgültigkeit eines zunehmenden Teils der israelischen Gesellschaft bedrückt sie besonders und veranlasst sie, trotz ihres hohen Alters immer wieder an der Mahnwache teilzunehmen. „Wie kann sich Israel anmaßen, das eigene Recht über drei Millionen Palästinenser zu stülpen?! Das ist moralisch nicht vertretbar und verhindert den Weg zum Frieden. Kollektive

Bestrafung gegen eine ganze Nation, brutale militärische Präsenz, Massenverhaftungen und Folter verletzen das internationale Recht und untergraben die Grundlagen von Würde und Menschenrecht.“ Ihre Bewegung „Women in Black“ wurde seit 1991 mit mehreren Friedenspreisen ausgezeichnet, zuletzt im Jahr 2001 mit dem „Millennium Peace Prize for Women“



durch den UN Development Fund for Women.

Als ich an meinem letzten Freitag in Israel an der Mahnwache teilnahm, hielt ein etwa 40jähriger Radfahrer und diskutierte mit Judy über die Gefahren, die für den Staat Israel entstünden, würden eine Million Palästinenser das von ihrer Führung eingeforderte Rückkehrrecht tatsächlich beanspruchen. Ich mischte mich in das Gespräch ein und wies darauf hin, dass dieses Problem auf der politischen Ebene durch eine Quotenregelung langfristig gelöst werden könne. Das entscheidende Hindernis auf dem Weg zu einer Verständigung sei nach meiner Meinung der exzessive Siedlungsbau unter dem Schutz der Besatzung. „Aber wieso schaden denn die Siedler den Palästinensern?“ fragte er ahnungslos. „Sie bekommen doch eine Entschädigung.“ Unsere Informationen über die Situation in der Westbank nahm er nachdenklich auf; ich konnte dabei aus dem Erfahrungsschatz eines dreimonatigen Aufenthalts in der Westbank schöpfen. Mit einem freundlichen Händedruck verabschiedeten wir uns von einander: „I think it over.“

Dieses Gespräch mit einem aufgeschlossenen Israeli zeigte einmal mehr die Bedeutung, die der



Aufklärung der israelischen Bevölkerung zukommt. Die meisten Israelis haben mit Palästinensern keinen Kontakt; sie wohnen in schönen Siedlungen wie zum Beispiel in Ma'ale Adumim (Foto links) bei Jerusalem, fahren zur Arbeit nach Jerusalem auf Schnellstraßen, die Palästinenser nur mit einem Special Permit befahren dürfen, kehren nach der Arbeit wieder auf diesen Straßen nach

Hause zurück und kaufen in ihren eigenen Supermärkten ein. Der gelegentliche Kontakt zu Palästinensern beschränkt sich auf ein reines Arbeitsverhältnis - wenn das Haus geputzt oder der Rasen gemäht werden muss. Jehuda Shaul von „Breaking the Silence“ formuliert daher als wesentliche Aufgabe aller israelischen Menschenrechtsorganisationen: „Die Leute sollen wissen, wissen, wissen.“

Sderot, ein Ort von etwa 20000 Einwohnern, liegt direkt am Gaza-Streifen im Südwesten Israels und hat bei uns durch den häufigen Beschuss von Kassam-Raketen aus Gaza traurige Berühmtheit erlangt. Seit 25 Jahren wohnt hier **Nomika Zion** (Foto rechts) mit ihrer Familie in einem schönen Haus innerhalb eines „Urban Kibbuz“, den sie zusammen mit Gleichgesinnten gegründet hat. Urban Kibbuzim gibt es in jeder Stadt; die Bewohner verstehen sich als Teil einer sozialen Bewegung, mit engen Beziehungen



untereinander, der Umwelt verpflichtet und darum bemüht, Denkanstöße für ein friedliches Miteinander zu geben – auch und gerade mit den Bewohnern jenseits der Grenze zu Gaza. Auf dem Foto oben hält Nomika Zion einen Friedenspreis in ihren Händen („We shall not hate“), der ihr in San Francisco zusammen mit einem Palästinenser aus Gaza verliehen wurde. Dessen Haus wurde durch israelische Granaten im Gaza-Krieg im Dezember 2008 zerstört. Während eines TV-Interviews mit einem israelischen Sender erfuhr der Palästinenser vom Tod seiner Töchter. Trotz des unvorstellbaren Schmerzes appellierte er im Interview an beide Seiten, den Weg zum Frieden niemals zu verlassen.

Über ihr eigenes Leben in Sderot berichtet Frau Zion: „Es ist leichter, einen dreiwöchigen Krieg psychisch unbeschadet zu überstehen als unter einer ständigen Bedrohung zu leben. Man merkt gar nicht, wie das eigene Immunsystem immer schwächer wird. Jeder Augenblick ist infiziert durch die Gefahr. Wenn die Sirene ertönt, haben wir nur noch fünf bis fünfzehn Sekunden Zeit, einen Schutzraum aufzusuchen. Morgens kommt ein Kleinbus und holt die Kinder zur Schule ab. (Die Bushaltestelle auf dem Foto rechts ist gleichzeitig ein Bunker.) Welches Kind rette ich zuerst? Oft schlafen wir in Kleidern, weil keine Zeit zum Anziehen bleiben würde. Zwischen 2006 und 2009 wurden oftmals 60 Kassam-Raketen pro Tag auf Sderot abgeschossen. Wir mussten die ganze Zeit in einem kleinen Schutzraum in unserem Haus verbringen. Wenn wir auf die Straße gehen wollten, hatten wir uns genau vorher die Route überlegt. Wo sind die Bunker, die wir am schnellsten erreichen konnten? Unser



Schuldgefühl gegenüber den Kindern wuchs. Sie fragten: „Warum ziehen wir hier nicht weg? Wollt ihr warten, bis wir getötet werden?“

Unter dem Einfluss der permanenten Gefahr hat sich Sderot gewandelt. In der multikulturellen Gemeinde von ursprünglich 25000 Einwohnern, die zu 50% aus Marokko und zu 20% aus Osteuropa kamen, sind jetzt noch 20000 übrig geblieben. Ultra-Orthodoxe und Siedler machen das Leben auch hier kompliziert, Intoleranz greift zunehmend um sich, und der Ruf nach Rache findet mehr und mehr Gehör. Während des Gaza-Krieges, in Israel „Operation Gegossenes Blei“ genannt, saßen Hunderte von Journalisten auf Schemeln auf einem Hügel, von dem man einen „ungetrübten“ Blick auf Gaza-Stadt hat und bejubelten jeden Bombeneinschlag. Sie nannten es „Das Festival von Sderot“. Ein TV-Reporter von Channel 10 bezeichnete das Granatfeuer als das schönste Konzert, das er je gehört habe. Nomika kommentiert resigniert: „Dabei steht doch in der Thora: „When your enemy is falling, don't celebrate.“ Man spürt ihre große innere Spannung, als sie fortfährt: „Der Gaza-Krieg war für mich der Wendepunkt. Wir sind gefangen in einer Falle aus Rache und Gewalt. Nach dem Ende des Krieges im Januar 2009 schrieb ich im Mai 2009 einen längeren Artikel für die Los Angeles Times, in

dem ich mich entschieden gegen den Krieg wandte und die zunehmende Verrohung und Schwarz-Weiß-Sichtweise unserer Gesellschaft beklagte („Not in my name and not for my security“) (<http://latimesblogs.latimes.com/babylonbeyond/2009/05/israel-erasing-racism-draft.html>).

Man hat als Außenstehender keine Vorstellung davon, was es bedeutet, sich öffentlich gegen die Besatzung zu wenden. Nomika: „Selbst in unserem Kibbuz verloren wir Freunde. Es ist sehr schwer, isoliert zu leben, besonders für die Kinder.“ Sie vergisst auch hier nicht, auf das ungleich härtere Los ihrer palästinensischen Freunde aus Gaza hinzuweisen: „Die Hamas hat immer wieder und oft erfolgreich versucht, unsere Gespräche zu torpedieren und die Treffen zu verbieten.“

„Unsere Gesellschaft ist immun geworden gegen die Schmerzen anderer. Palästinenser sind für uns unsichtbar, wir haben keinen Kontakt zu ihnen. Sie haben kein Gesicht, keinen Namen, keine Identität. Sie sind einfach nur Terroristen. Ich hatte während des Krieges Angst um meine Freunde in Gaza, die keinen Strom und kein Wasser hatten. Einem jungen Mädchen gelang es irgendwie, mir eine Nachricht zu schicken: „Helft uns. Versteht ihr nicht, dass wir auch Menschen sind?“

Wenn wir aufhören, im
Anderen den
Mitmenschen zu sehen,
dann hören wir selbst
auf, Mensch zu sein. Ich
habe mehr Angst vor
dieser um sich greifenden
Gleichgültigkeit in Israel
als vor den Raketen aus
Gaza. In diesem größten
Gefängnis der Welt
leiden die Menschen
zehnmal mehr als wir in
Sderot.“ Nomika Zion
appelliert an uns: „Wir
brauchen Hilfe von
außerhalb, um uns vor



uns selbst zu retten. Jeden Tag überschreiten wir eine weitere rote Linie. Wir haben ein System von täglichen Demütigungen aufgebaut.“ Nomika Zion, auf dem Foto vor den Grenzanlagen zu Gaza, ist die Sprecherin der Graswurzel-Bewegung „The Other Voice“ (www.othervoice.org). Ihr Einsatz für ein friedliches Zusammenleben steht beispielhaft für die vielen Männer und Frauen in Israel, die unermüdlich der öffentlichen und veröffentlichten Meinung widerstehen. Auch ihnen gegenüber sind wir verpflichtet, nicht aufzugeben und alle Menschen zu unterstützen, die den Weg zu einer Verständigung zwischen Israel und Palästina beschreiten.

Shalom, Salaam und ein friedliches Neues Jahr

wünscht Ekkehart Drost

Ich war von September bis Dezember 2011 tätig im Auftrag von Pax Christi Deutschland als Ökumenischer Friedensdienstler für das Programm EAPPI des WCC. Dieser Bericht gibt nur meine persönlichen Ansichten wieder, die nicht unbedingt die von Pax Christi oder des WCC sind. Wer diese Informationen verbreiten will unter Berücksichtigung des offiziellen Standpunkts der Organisationen, kann diese in Erfahrung bringen bei der Pax Christi Organisatorin Iris Bildhauer (irisbildhauer@aol.com) oder bei eappi-co-jrol.com.